



In Podiumsgesprächen, Diskussionen und informellen Runden tauschen sich annähernd 200 Teilnehmer beim „Celler Dialog“ gestern und heute über neue Aufgaben für die Bundeswehr aus – und über Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die der Erfüllung dieser Aufgaben dienen.

## BEISTAND ERBETEN

Die Ukraine-Krise und die Rolle Russlands bei den Kämpfen im Donbass verunsichern vor allem

einstige Sowjetrepubliken wie die baltische Republik Lettland. So warb die lettische Botschafterin Elita Kuzma



Botschafterin Elita Kuzma

gestern anlässlich des „Celler Dialogs“ beim abendlichen Dinner im Rittersaal des Celler Schlosses vor den versammelten Vertretern von Politik, Militär und Wehrwirtschaft für eine stärkere sicherheitspolitische Vernetzung innerhalb der Nato.

Gegen die Veranstaltung protestierte hingegen ein „Bündnis gegen Trialog, Militarismus und Krieg“. Die Veranstaltung diene der gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung für Rüstung und Kriege. Deutschland verkaufe mehr Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt als jedes andere EU-Land.



Sabine Seifert verteilte gestern Flugblätter gegen den „Celler Dialog“.

# Brücken bauen beim Trialog

## Neue Verteidigungs-Staatssekretärin spricht in Celle vor Militärs, Politikern und Wirtschaft

Syrien, Irak, Ukraine – die Liste der blutigen Konflikte in der Welt ist lang geworden: „Die Sicherheitslage ist fragil“, sagt Henning Otte. Zum zweiten Mal hat der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete die nationale Sicherheitstagung „Celler Trialog“ initiiert, zu der sich gestern und heute annähernd 200 Teilnehmer aus Politik, Bundeswehr und Wirtschaft in der Fachwerkstadt versammelt haben.

Weil die ursprünglich angekündigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) terminlich verhindert war, absolvierte die neu berufene Katrin Suder gestern in Celle ihren ersten öffentlichen Auftritt als Staatssekretärin. Die frühere McKinsey-Unternehmensberaterin ist seit Anfang August Nachfolgerin von Stéphane Bémelmans. Der hatte beim letzten „Trialog“ vor einhalb Jahren selbst noch in Celle geredet, war nach dem „Euro-Hawk“-Drohnen-Debakel und wegen undurchsichtiger Milliongengeschäften mit der Rüstungsindustrie aber im Februar in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Die unter anderem für die Ausrüstungsbeschaffung zuständige Suder – noch keine 100 Tage im Amt – nutzte die Gelegenheit, sich und ihr Verständnis von der neuen Aufgabe vorzustellen. Die sicherheitspolitische Lage habe in den letzten Wochen und Monaten eine überraschende Dynamik entwickelt, verwies die 43-jährige promovierte Physikerin auf die Krisen in nächster Nachbarschaft. Die nicht-konventionelle „hybride Kriegsführung“, mit der Russland auf der Krim und danach in der Ostukraine seine Interessen durchsetzte, stelle

das Nato-Bündnis vor bislang unbekannte Herausforderungen: „Wir brauchen neue Antworten auf diese Bedrohungs-lage.“

Deutschland sei gefordert zu handeln, betonte die Staatssekretärin: „Wir sind keine Insel der Glückseligen! Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet uns, dem Frieden in der Welt zu dienen.“

Deutschland, weltweit aktuell mit 17 Bundeswehr-Einsätzen aktiv, müsse sich deutlicher positionieren und dabei auch Führungsaufgaben übernehmen: „Wir werden in Zukunft mehr gefordert sein.“

Auch was die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber angeht – Suder schlägt die Brücke zum Ansatz ihrer Ministerin. „Nur durch Attraktivität bekommen sie heute gutes Personal“, bläst Ulrike Hinrichs vom Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) bei der anschließenden Podiumsdiskussion ins selbe Horn. „Die Bundeswehr ist trotz aller Wandlungen ein sehr attraktiver Arbeitgeber.“

In ihrer neuen Position gehe es um weit mehr als „nur“ klas-

### THEMA DES TAGES

Deutschland muss sich, so will es die Bundesregierung, verstärkt sicherheitspolitisch in der Welt engagieren. Doch diese Aufgabe kann die Bundeswehr nur erfüllen, wenn sie als attraktiver Arbeitgeber genug geschultes Personal für die anspruchsvolle und oft gefährliche Aufgabe hat. Mit den sich daraus ergebenden Herausforderungen befasst sich der „Celler Trialog“.



Staatssekretärin Katrin Suder gestern beim „Celler Trialog“ mit Veranstaltungs-Initiator Henning Otte.

sische Managementaufgaben, betont Staatssekretärin Suder: „Im Vordergrund steht natürlich die Aufgabe, das Leben unserer Soldaten zu schützen.“ Das steigende weltweite militärische Engagement sei zudem angesichts sinkender Verteidigungsbudgets nur durch transparentere Verfahren bei Beauftragung und Käufen militärischer Ausrüstungsgegenstände machbar – und das dürfte nach Ansicht der Staatssekretärin (und zum Missfallen der Firmenvertreter im „Trialog“-Publikum) auch Auswirkungen auf die deutsche Rüstungsindustrie haben: „Die Beschaffung wird

national dominiert. Der Anteil von 80 Prozent deutscher Produkte bei der Ausrüstung der Bundeswehr ist in meinen Augen deutlich zu viel.“

Die Angebotsseite sei stark fragmentiert, es gebe – anders als etwa in den USA – zu viele Anbieter für einen sinkenden Bedarf. „Wir müssen eine größere Effizienz erreichen bei Erhalt des Wettbewerbs, um gute Ergebnisse zu bekommen.“

Die Abstimmung zwischen Auftraggeber und Anbieter hat bislang nicht immer hingehauen: 1,3 Milliarden Euro seien allein 2013 aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums ans Finanzministerium zurückgeflossen, weil die eingeplanten Mittel nicht verwendet wurden, verweist der SPD-Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitiker Johannes Kahrs bei der Podiumsdiskussion auf Probleme bei Beschaffungsvorhaben.

Lief in der Vergangenheit so manches Großprojekt aus dem Ruder – Eurofighter, Airbus 400M oder auch der in Faßberg stationierte Transporthubschrauber NH 90 –, so gibt die

neue „rechte Hand“ der Verteidigungsministerin klare Vorgaben, auch an die Rüstungsindustrie: „Es muss uns gelingen, uns so aufzustellen, dass es keine zeitlichen Verzögerungen und keine Kostenexplosion gibt“, sagt Suder. Zudem müsse nicht jede Nation im Bündnis militärisch alles können. Derzeit wird im Verteidigungsministerium eine umfassende Bestandsaufnahme vorgenommen – Ergebnisse werden Anfang Oktober erwartet.

Weiter sinkende Militärausgaben dürften indes fürs Erste der Vergangenheit angehören. Mit dem Beschluss zur Verstärkung der Militärpräsenz im Osten des Bündnisgebietes habe der Nato-Gipfel Anfang des Monats zu einer „maßgeblichen Lageänderung“ geführt, betonte André Wüstner als Vorsitzender des Bundeswehr-Verbandes vor den „Trialog“-Teilnehmern. „Das gibt's nicht für Null.“ Mit Zustimmung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich die Nato das Ziel gesetzt, die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen – Deutschland liegt derzeit bei 1,3 Prozent.

Und auch Staatssekretärin Suder sieht angesichts von „Cyber-War“ im Internet, militärischen Robotersystemen und biologischen Waffen die Notwendigkeit von Innovationen weit über den klassischen wehrtechnischen Bereich hinaus. „Wir brauchen die Rüstungsindustrie 4.0“, gibt sie den in Celle versammelten Wirtschaftsvertretern mit auf den Weg. Und bietet sich als Gesprächspartnerin an: „Verstehen Sie mich als Brückenbauerin.“

Klaus M. Frieling